

Damper Manifest 2023

Sozial. Solidarisch. Gerecht.

Grundsatzforderungen zur Sozialpolitik

Die Delegierten des 21. Landesverbandstages des Sozialverbands Deutschland (SoVD), Landesverband Schleswig-Holstein e.V., haben eine sozialpolitische Resolution verabschiedet.

Mit Sorge verfolgen wir die sozialpolitische Entwicklung in Deutschland. Die Krisen der vergangenen Jahre, die Finanzkrise, die Pandemie, der schreckliche Krieg in der Ukraine und die hohe Inflation haben bestehende gesellschaftliche Schieflagen noch einmal verschärft. Ein immer größer werdender Teil der Menschen in diesem Land weiß nicht mehr, wie er die grundlegendsten Bedürfnisse nach Wohnung, Nahrung und sozialer Teilhabe befriedigen soll, wenn das Geld zum Monatsende einfach nicht mehr reicht. Zwar sind im vergangenen Jahr Instrumente entwickelt worden, wie die Reform des Wohngeldes oder die Energiepreisbremsen. Sie verhindern aber nicht, dass die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinandergeht. Es müssen grundlegende Reformen in unseren sozialen Sicherungssystemen in Angriff genommen werden.

Die Steuerpolitik muss ebenso auf den Prüfstand wie der erst kürzlich erhöhte Mindestlohn. Er verhindert für viele Menschen nicht einmal den sozialfürsorgerischen Rückfall in die Grundsicherung im Alter. Von „fair teilen“ sind wir weit entfernt. Die gesetzliche Rente muss gestärkt und ausgebaut werden und für von Armut betroffene Kinder und Jugendliche brauchen wir eine Kindergrundsicherung, die einen wesentlichen Beitrag zur Reduzierung der Kinderarmut leistet. Trotz der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) müssen Menschen mit Behinderung weiter um Inklusion auf dem Arbeitsmarkt kämpfen. Für alle diese Gruppen gilt, dass es für sie immer schwieriger wird, sich auf dem Wohnungsmarkt mit angemessenem und bezahlbarem Wohnraum zu versorgen. Gutes Wohnen muss Inhalt der Politik sein, statt dem Markt das Feld zu überlassen. Ebenso muss die Politik endlich eine Lösung für den Pflegenotstand finden, der sich auf der einen Seite durch die nicht mehr zu bewältigenden Eigenanteile pflegebedürftiger Menschen manifestiert und so die Altersarmut verschlimmert und auf der anderen Seite durch den Fachkräftemangel die Pflegesituation selbst immer weiter verschlechtert.

Nur gute Löhne schützen vor Armut – im Erwerbsleben und im Alter!

Das Problem der Altersarmut wird immer drängender. Seit 2010 ist die Armutsquote unter Rentnerinnen und Rentnern stetig von 12 % auf mittlerweile knapp 18 % gestiegen. Der demographische Wandel wird dieses Problem noch verschlimmern, denn in den kommenden

Jahren geht die große Generation der so genannten „Babyboomer“ in den Ruhestand, die ihrerseits oftmals nicht mehr die gleichen Erwerbsbiografien aufweisen wie die Generationen vor ihnen. Das Verhältnis zwischen Beitragszahler*innen und Rentner*innen im umlagefinanzierten System der gesetzlichen Rente wird sich weiter verschieben. Nur wer in seinem Erwerbsleben genügend Rentenversicherungspunkte angesammelt hat, kann im Alter eine auskömmliche Rente erwarten. Der in der vergangenen Legislaturperiode eingeführte Mindestlohn wurde im letzten Jahr auf 12 Euro erhöht. Wer sein Erwerbsleben lang im Bereich des Mindestlohns beschäftigt ist, erhält selbst nach optimistischen 45 Beitragsjahren nur eine Armutsrente. Zur Zeit sind das ungefähr 3,6 Mio. Männer und Frauen.

Gute Renten werden über gute Löhne gesichert. Deshalb fordern wir von der Politik eine schnellstmögliche Anhebung des Mindestlohns auf 15 Euro. Auch in der Rentenpolitik muss ein Systemwandel stattfinden. Das aktuelle Rentenniveau von 47 % ist nicht armutsfest. Wir brauchen stattdessen mindestens eine Anhebung auf 53 % des letzten Nettolohns.

Kinder und Jugendarmut

Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung kündigt die Einführung einer Kindergrundsicherung als eigenständige gesetzliche Leistung für Kinder- und Jugendliche an. Die Einführung einer solchen Leistung ist schon deshalb zwingend erforderlich, weil sich Armut in einem der reichsten Länder der Erde immer noch weitervererbt. In den schleswig-holsteinischen Großstädten lebt mehr als jedes vierte Kind in Armut, im gesamten Schleswig-Holstein sind es mehr als 15 % aller Kinder. Bislang scheint es allerdings so, als sollen vor allem schon bestehende Leistungen in der neuen Kindergrundsicherung gebündelt werden und die Beantragung vereinfacht werden. Einen echten Beitrag zur Kinder- und Jugendarmut wird die Kindergrundsicherung aber nur dann leisten können, wenn endlich die tatsächlichen Bedarfe der Berechnung zu Grunde gelegt werden. Zu einer guten Politik für Kinder und Jugendliche gehört zwingend eine gute Bildungspolitik. Deshalb fordern wir, dass auch die frühkindliche Bildung endlich ernster genommen wird. Der Besuch von Kindertagesstätten muss als allgemeines Bildungsangebot auch in Schleswig-Holstein kostenfrei werden.

Inklusion und Barrierefreiheit müssen zügig verbessert werden

Echte Inklusion bedeutet, dass Menschen mit Behinderung sich nicht mehr an die gesellschaftlichen Strukturen anpassen müssen, sondern dass die Gesellschaft sich so konstituiert, dass Menschen mit Behinderung gleichberechtigt und gleichwertig teilhaben können. Menschen mit Behinderung haben es aber auf dem Arbeitsmarkt immer noch viel zu schwer. Ein Viertel aller Unternehmen beschäftigt nicht einen einzigen Menschen mit Behinderung. Über die Ausgleichsabgabe müssen sich diese Unternehmen dennoch an den Kosten für die Inklusion beteiligen. Dass die Unternehmen die Ausgleichsabgabe steuerlich geltend machen können ist nicht nur kontraproduktiv, sondern konterkariert den Inklusionsgedanken geradezu.

Inklusion bedeutet auch, dass Menschen mit Behinderung als Expert*innen in eigener Sache behandelt werden. Deswegen fordern wir Beiräte und Arbeitsgemeinschaften in allen Landkreisen und Kreisfreien Städten, damit Inklusion auf Augenhöhe stattfinden kann.

Barrierefreiheit und Barrierearmut sind die Schlüssel zu gelingender Inklusion – beim Wohnen, im öffentlichen und im digitalen Raum. Nur wer sich selbstbestimmt bewegen kann, kann seine Rechte umfassend wahrnehmen. Das gilt im Kontakt mit Behörden genauso wie im Bereich der Mobilität. Seit dem Jahr 2016 gibt es die EU-Richtlinie zur Barrierefreiheit bei digitalen Dienstleistungen staatlicher Stellen, für viele weitere digitale Dienstleistungen nichtstaatlicher Stellen gilt die EU-Richtlinie (2019/882). Beide müssen endlich vor Ort konsequent umgesetzt werden, um Teilhabe zu gewährleisten. Digitalisierung kann einen großen Beitrag zur Inklusion leisten, darf aber analoge Angebote nicht komplett ersetzen, um auch diejenigen nicht auszuschließen, die nicht über die technischen Kenntnisse verfügen oder sich die erforderlichen Endgeräte nicht leisten können.

Pflege und medizinische Versorgung

Wer krank ist, hat in einem Sozialstaat ein Anrecht auf eine flächendeckend gute medizinische Versorgung. Gerade in den ländlichen Regionen Schleswig-Holsteins kann davon aber mehr und mehr keine Rede sein. Die Schließung von Hausarztpraxen und Geburtsstationen sowie das Kliniksterben schwächen die medizinische Versorgung in der Region. Ein Mittel gegen diese Entwicklung könnten kommunale Medizinische Versorgungszentren (MVZ) sein. Auch pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen sind immer größeren Belastungen ausgesetzt. Die durchschnittlichen monatlichen Zuzahlungen für stationäre Unterbringung werden demnächst die Marke von 2.500 Euro knacken – damit landet ein Großteil der Menschen, die auf stationäre Pflege angewiesen sind in der Sozialhilfe! Und auch ambulante Pflege wird immer teurer. Pflegebedürftigkeit verschärft das Problem der Altersarmut für die jetzt Pflegebedürftigen ebenso wie für die pflegenden Angehörigen, da diese oftmals auf Einkommen und Rentenanwartschaften verzichten müssen. Um dem Sozialstaatsgebot Rechnung zu tragen fordert der SoVD deshalb, die Kranken- und Pflegeversicherung auf eine breitere finanzielle Grundlage zu stellen und Besserverdienende und Beamt*innen einzubeziehen – die Bürger*innenversicherung. Die Pflegeversicherung muss darüber hinaus schnell zu einer „Vollkaskoversicherung“ ausgebaut werden, die das gesamte Pflegerisiko abdeckt. Für die pflegenden Angehörigen braucht es – analog zum Elterngeld – eine Lohnersatzleistung.

Gutes Wohnen für alle!

Wohnen erweist sich mehr und mehr als wichtigste gesellschaftliche Frage unserer Zeit. Steigende Mieten und Energiekosten bei gleichzeitigem Mangel an Wohnraum setzen den Menschen immer stärker zu. Zudem fehlen tausende barrierefreie und barrierearme und gleichzeitig bezahlbare Wohnungen. Nach Jahrzehnten der Liberalisierung und des Verkaufs kommunaler Wohnungsbestände im Interesse kurzfristiger Einnahmen für die kommunalen Haushalte hat sich gezeigt, dass es der Markt eben *nicht* alleine regelt. Wir fordern deshalb, dass sich die Kommunen wieder mehr an einer gestaltenden Wohnungspolitik beteiligen. Während sich private Investoren beim Bau neuer Wohnungen immer mehr zurückhalten, müssen kommunale Wohnungsbaugesellschaften im Interesse des Gemeinwohls agieren. Wir fordern deshalb, dass die Kommunen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen und dass überall im Land wieder kommunale Wohnungsbaugesellschaften gegründet werden. Nur so

kann der Bau von sozialgebundenen und damit bezahlbaren Wohnungen wieder ins Rollen kommen. Von diesen brauchen wir in Schleswig-Holstein jährlich mindestens 12.000. Die öffentliche Förderung muss stärker sein als die Zunahme von Baustandards, anderenfalls müssen diese ausgesetzt werden. Auch müssen die Kommunen mehr noch als bisher von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen, um auch in innerstädtischen Lagen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und zu erhalten.

Steuerpolitik

Für alle erhobenen Forderungen gilt: Sie müssen finanziert werden. Und das wird nur möglich sein, wenn das den Sozialstaat finanzierende Steuersystem grundlegend und nach Gerechtigkeitsprinzipien umgebaut wird. Wer ein hohes Einkommen hat, muss sich auch in einem stärkeren Maß an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen. Nur so kann der Staat seinen Verpflichtungen in der Daseinsvorsorge nachkommen. Hierzu gehört beispielsweise, dass die steuerlichen Stellschrauben Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Transaktionssteuer u. a. neu ausgerichtet werden. Eine gerechte Steuerpolitik muss einen Ausgleich zur Ungleichverteilung der Einkommen schaffen und gesellschaftlichen Wohlstand für Alle sicherstellen. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Sozialstaat und wir brauchen vor allem wieder einen starken Staat!